



TERRE DES FEMMES e. V.  
Bundes  
geschäftsstelle  
Brunnenstr. 128, 13355 Berlin  
Tel. 030 40504699-0 • Fax 030 40504699-99  
E-Mail: [info@frauenrechte.de](mailto:info@frauenrechte.de)

Berlin, 14. April 2026

## **Offener Brief: Für ein sofortiges Ende des Konflikts im Sudan und den Schutz von Mädchen und Frauen**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,  
sehr geehrte Frau Entwicklungsministerin Alabali Radovan,  
sehr geehrter Herr Außenminister Wadephul,

als Frauenrechtsorganisation, die sich seit über vier Jahrzehnten für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und den Schutz von Mädchen und Frauen weltweit einsetzt, möchten wir Ihre dringende Aufmerksamkeit auf die dramatische humanitäre Lage im Sudan lenken. Es handelt sich um eine der schwersten humanitären Krisen unserer Zeit, die bislang nicht die notwendige internationale Aufmerksamkeit erhält.<sup>1</sup> Mädchen und Frauen sind in diesem Konflikt in besonderem Maße gefährdet – eine Situation, die entschlossenes politisches Handeln erfordert.

In zahlreichen Regionen des Landes – allen voran in Al-Faschir – sind systematische Gräueltaten dokumentiert: Massenhafte Vergewaltigungen, Entführungen, Folter sowie sexuelle Versklavung, auch von Minderjährigen.<sup>2 3 4 5</sup> In der Gemeinsamen Erklärung zur Verurteilung von Gräueltaten und Verletzungen des humanitären Völkerrechts im Sudan vom 10.11.2025, die auch von Deutschland mitgezeichnet wurde, werden diese schwerwiegenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht klar benannt. Bei entsprechender Beweislage können sie als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden. Die Gewalt richtet sich dabei gezielt gegen ZivilistInnen und trifft Mädchen und Frauen besonders hart.<sup>6</sup>

Der Sudan ist zudem eines der Länder mit der weltweit höchsten Prävalenz von weiblicher Genitalverstümmelung (engl. Female Genital Mutilation, FGM). In Teilen des Landes – insbesondere in Darfur – sind sehr hohe Prävalenzraten dokumentiert, teils von bis zu über 90 %.<sup>7</sup> In Kombination mit dem bewaffneten Konflikt führt dies zu einer besonders gravierenden Gefährdungslage für Mädchen und Frauen. Präventionsprogramme wie die „Saleema“-Kampagne sind durch die anhaltenden Kämpfe massiv eingeschränkt oder vollständig zum Erliegen gekommen. Der Zusammenbruch der medizinischen Infrastruktur verschärft die Lage dramatisch:<sup>8</sup> Geburtskliniken wurden zerstört, Überlebende sexualisierter Gewalt erhalten kaum medizinische oder psychosoziale Unterstützung.<sup>9</sup>

1 OCHA (2024): Humanitarian Needs Overview Sudan.

2 OHCHR (2024): Report of the UN High Commissioner for Human Rights on Sudan.

3 Amnesty International (2024): Atrocities in Al-Faschir.

4 ZEIT Online (2025): Podcast-Recherchen zu RSF-Gewalt, Völkermordvorwürfen und systematischer Gewalt gegen Frauen.

5 <https://www.amnesty.de/pressemitteilung/sudan-sexualisierte-gewalt-rsf-kriegsverbrechen> (letzter Abruf 11.12.25).

6 Human Rights Watch (2024): Sudan: Conflict-Related Sexual Violence.

7 UNICEF (2019): Multiple Indicator Cluster Survey Sudan (MICS).

8 WHO (2024): Sudan Health Emergency Update. MSF – Ärzte ohne Grenzen (2024): Situation Report Sudan.

9 BBC Africa (2024/2025): Investigative Berichte zu Angriffen und Gräueltaten der RSF in Al-Faschir und Darfur.



Berichte internationaler Organisationen zeigen, dass es vielerorts selbst an grundlegender medizinischer Versorgung fehlt. Krankenhäuser sind zerstört oder nicht mehr funktionsfähig, Geburten finden unter lebensgefährlichen Bedingungen statt, und Überlebende sexualisierter Gewalt erhalten keinerlei Betreuung. HelferInnen vor Ort sprechen von einem nahezu vollständigen Zusammenbruch der Schutzstrukturen für Mädchen und Frauen.<sup>10</sup> Parallel verschärft sich die Versorgungslage weiter: Millionen Menschen sind von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen, während ein Großteil der Gesundheitsinfrastruktur bereits zusammengebrochen ist.<sup>11</sup>

Nach jüngsten Berichten der Vereinten Nationen (Stand: Anfang 2026) benötigen im Sudan über 30 Millionen Menschen humanitäre Hilfe; infolge des anhaltenden bewaffneten Konflikts sind mehr als 12 Millionen Menschen innerhalb des Landes sowie in Nachbarstaaten vertrieben worden.<sup>12</sup> Mädchen und Frauen sind in dieser Situation einem extremen Risiko ausgesetzt – durch sexualisierte Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratungen sowie sexuelle Versklavung. Berichte belegen, dass sexualisierte Gewalt in Teilen des Landes systematisch und gezielt als Kriegswaffe eingesetzt wird, um ZivilistInnen einzuschüchtern und ethnische Gruppen zu terrorisieren. Besonders in den Grenzregionen, etwa im Tschad, spitzt sich die Lage weiter zu. Geflüchteten Camps sind überfüllt, grundlegende Versorgung fehlt, und insbesondere Mädchen und Frauen sind dort zusätzlichen Risiken ausgesetzt.<sup>13</sup>

Deutschland hat sich im Rahmen der UN-Resolution 1325 „Women, Peace and Security“ verpflichtet, Frauen in bewaffneten Konflikten besonders zu schützen und sie aktiv in Friedensprozesse einzubeziehen.<sup>14</sup> Angesichts der Situation im Sudan ist es dringend erforderlich, diese Verpflichtungen konsequent umzusetzen.

TERRE DES FEMMES begrüßt, dass die Bundesregierung die Gräueltaten in der Gemeinsamen Erklärung vom 10.11.2025 klar verurteilt hat – dies allein reicht jedoch nicht aus. Der Besuch von Bundesministerin Alabali Radovan im Dezember 2025 setzte ein wichtiges politisches Signal. Die dort betonten Prioritäten – verbesserter humanitärer Zugang, Schutz der Zivilbevölkerung und Unterstützung lokaler Akteurinnen – entsprechen zentralen Forderungen dieses Appells. Nun gilt es, diese politischen Zusagen konsequent in wirksames Handeln zu überführen. Vor dem Hintergrund der geplanten internationalen Sudan-Konferenz im April 2026 kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu, die internationale Aufmerksamkeit auf die Krise zu lenken und konkrete Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung voranzubringen.

TERRE DES FEMMES appelliert an die Bundesregierung:

**1. Setzen Sie sich für einen sofortigen Waffenstillstand ein.**

Deutschland muss insbesondere im Rahmen der EU, der Vereinten Nationen und seiner bilateralen Beziehungen alle diplomatischen Möglichkeiten nutzen und sich aktiv für einen sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand einsetzen sowie politischen Druck auf die Konfliktparteien ausüben.

**2. Stärken Sie Schutzprogramme für Mädchen und Frauen.**

Humanitäre Mittel müssen prioritär für den Schutz von Frauen und Kindern vor

<sup>10</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-internationaler-frauentag-100.html>.

<sup>11</sup> WHO Sudan Health Situation Reports: [<https://www.who.int/emergencies/situations/sudan-crisis>](<https://www.who.int/emergencies/situations/sudan-crisis>).

<sup>12</sup> UNRIC / UNOCHA / UNHCR (2025) – Sudan Crisis Humanitarian Figures.

<sup>13</sup> BMZ Länderprofil Sudan (2026): (<https://www.bmz.de/en/countries/sudan>)(<https://www.bmz.de/en/countries/sudan>), UNHCR Sudan Situation (2026):

(<https://www.unhcr.org/emergencies/sudan>)(<https://www.unhcr.org/emergencies/sudan>).

<sup>14</sup> United Nations Security Council (2000): Resolution 1325; Bundesregierung (2021): Nationaler Aktionsplan 1325 (2021–2025).



sexualisierter Gewalt, medizinische und psychosoziale Versorgung sowie – FGM-Präventions- und Unterstützungsangebote eingesetzt werden.

**3. Fördern Sie gezielt lokale Frauenrechtsorganisationen.**

Sie leisten unverzichtbare Arbeit unter gefährlichen Bedingungen. Eine direkte, flexible finanzielle Unterstützung ist entscheidend.

**4. Fordern Sie einen sicheren, ungehinderten humanitären Zugang ein.**

Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass ein sicherer, ungehinderter und dauerhafter humanitärer Zugang – insbesondere nach Darfur und Al-Faschir – gewährleistet wird.

**5. Beziehen Sie Frauen konsequent in Friedensprozesse ein – im Sinne der UN-Resolution 1325.**

Ein nachhaltiger Frieden ist ohne die Beteiligung von Frauen nicht möglich.

**6. Setzen Sie sich für die Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen ein.**

Deutschland sollte sich auf internationaler Ebene für die unabhängige Untersuchung und konsequente Ahndung von Verbrechen nach internationalem Recht einsetzen – insbesondere von sexualisierter Gewalt. Dazu gehört auch die Unterstützung internationaler Mechanismen zur Beweissicherung sowie zur Bekämpfung von Straflosigkeit.

Die Lage im Sudan ist akut und erfordert umgehendes entschlossenes politisches Handeln. Ein weiteres Zögern gefährdet das Leben unzähliger Mädchen und Frauen.

TERRE DES FEMMES stellt sich solidarisch an die Seite der Betroffenen, insbesondere der Mädchen und Frauen, und fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, alle verfügbaren Mittel zu nutzen und ein notwendiges Zeichen für die Sicherheit und den Schutz von Mädchen und Frauen im Sudan zu setzen!

Mit freundlichen Grüßen

Gesa Birkmann  
Bundesgeschäftsführerin Politik und Themen  
TERRE DES FEMMES e.V.